

007. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 20.01.2010

Rede von MdL Thomas Kind zur Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema „5 Jahre Armutsrisiko Hartz IV und die Staatsregierung verharrt in Untätigkeit“

Auszug Protokollmitschrift

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Ich denke, das Thema ist nicht so einfach, wie es Herr Krauß dargestellt hat. Denn er spricht wie der Blinde von der Farbe. So einfach kommen wir da nicht weg.

Wir haben in Sachsen nach wie vor - auch bei sinkender Zahl der Arbeitslosigkeit - 189.000 Betroffene im Durchschnitt des Jahres 2009, die durch die Argen und die optierenden Kommunen betreut werden. Dazu kommen noch 88.000 Betroffene, die nach SGB 111 von Arbeitslosigkeit betroffen sind und dort betreut werden.

Es gibt keine Vorschläge der Staatsregierung, wie sie den 189.000 im Argen-Bereich helfen wollen.

Die Unterbeschäftigung in Sachsen beträgt auch bei sinkenden Zahlen in den letzten Jahren, die der Wirtschaftsentwicklung und nicht dem Handeln in den Argen entsprechen und der Agentur zuzuschreiben sind, 363.000. Das können Sie nachlesen im Bericht von der Frau Cordt.

Wenn Sie davon sprechen, dass die offenen Stellen sinken und das als positiv hinstellen, dann muss ich sagen: Ihr Wirtschaftsverständnis ist ziemlich gering ausgeprägt. Denn sinkende Stellen sind ein Zeichen dafür, dass die Konjunktur lahmt und sich der entsprechende Arbeitsmarkt nicht mehr entwickelt, sondern nur eine Richtung hat nach unten.

(Alexander Krauß, CDU: Vor drei Jahren sind die gesunken. Das war ein positives Zeichen.)

- Das sage ich doch bei sinkenden Zahlen. Aber das hat nichts mit den Maßnahmen zu tun und nichts mit den unsozialen Hartz-IV-Gesetzen. Damit hat es definitiv nichts zu tun.

Es werden gegenwärtig 75 % der Betroffenen in den Argen betreut und nur noch 25 % über die BA.

Ihr Tun ist, wenn ich als Fallmanager sprechen würde, mangelnde Mitwirkungspflicht, kein Handeln, untätig sein.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist vom 20.12.2007. 25 Monate sind verstrichen. Es ist nichts passiert. In elf Monaten wollen die Betroffenen und die Mitarbeiter in den Einrichtungen Rechtssicherheit und verlässliche Systeme, damit am 01.01.2011 auch Geld ankommt. Sie haben nichts getan außer Untätigkeit. Sie gehören sanktioniert.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich habe als Fallmanager gearbeitet. Ich würde ihnen nicht nur 10 %, sondern 30 % abziehen. Aber ich kann Ihnen sagen: Ich habe nicht einen Arbeitslosen sanktioniert und bin stolz darauf. Weil es gar nicht nötig war, sie zu sanktionieren. Sie haben nach Arbeit gefragt. Sie sind freiwillig gekommen, aber der Arbeitsmarkt in Nordsachsen hat nichts hergegeben, um ihnen helfen zu können. So sieht es aus.

Zur Jugendarbeitslosigkeit: Die Argen haben in diesem Jahr kaum nichtvermittelte Jugendliche. Aber wir haben zur selben Zeit 26.000 Jugendliche unter 25 Jahren, die wieder arbeitslos sind. Wo sind die Konzepte der Staatsregierung dazu? Wo wird die Übernahme nach Ausbildung, nach staatlich geförderter Ausbildung in den Arbeitsmarkt sichergestellt? Welche Förderinstrumente werden vorgelegt? Ich sehe darüber nichts.

Nun zu unseren Vorstellungen und Forderungen, wie wir dem gegensteuern wollen. Sie waren 25 Monate tätigkeitslos. Es gibt drei vage Versuche. Ich will sie an dieser Stelle noch einmal nennen.

- Das war einmal der Versuch des ehemaligen Bundesministers Scholz, das kooperative Jobcenter einzuführen. Das ist in der Koalition nicht durchgekommen und unter anderem am Widerstand der Länder und der damaligen CDU gescheitert.
- Es gab den zweiten Versuch, die Verfassung zu ändern, also das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht ernst zu nehmen, sondern wir ändern die Verfassung und die Problematik wird ausgeblendet. Er ist am Widerstand der CDU gescheitert.
- Der dritte Versuch ist nun ganz billig. Frau von der Leyen übernimmt von ihrem missglückten Vorgänger von vier Wochen ein billiges Konzept, das unter dem Strich bedeutet: Den alten Vorschlag vom damaligen Bundesminister Scholz wieder in die Diskussion zu bringen.

Es liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein verhandlungsfähiger Vorschlag vor, über den landesweit diskutiert werden soll. Dann reden Sie einmal mit den Verantwortlichen, die die optierenden Kommunen zu verantworten haben, und auch mit denen in den Kreisen, was sie dazu sagen, wie sie ihre Arbeit machen sollen.

Ich habe mit dem Beigeordneten im Landkreis Leipzig gesprochen. Die sind maßlos enttäuscht. Was das eigentliche Ziel von Herrn Koch war, das war nicht die Verschärfung der Arbeitspflicht bei den Betroffenen, denn die steht jetzt schon im Gesetz, sondern die Zielrichtung war, die Jobcenter - und damit die zentrale Verwaltung der Arbeitslosen über die BA - und die kooperierenden Argen zu schwächen und das Optionsmodell salonfähig zu machen.

Die Begründung können Sie gestern in "Die Welt" nachlesen. Er sagt: Die ersten zwölf Monate werden die Arbeitslosen durch die BA gut versorgt. Danach ist es ihre individuelle Schuld, dass sie arbeitslos sind. Er erkennt nicht an, dass wir ein strukturelles Arbeitslosenproblem in Deutschland haben.

(Beifall bei der Linksfraktion)